



**Juni 2010**

**Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag  
der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen**

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Untersuchungsanlage</b> .....	<b>1</b>
<b>Analyse</b> .....	<b>3</b>
Zusammenfassung.....	4
Wachsende Sorge vor Verschärfung der Finanzkrise .....	5
Mehrheit der Deutschen erwartet sinkenden Lebensstandard .....	7
Schutzpaket für den Euro wird überwiegend abgelehnt .....	8
Drei Viertel halten Politik für machtlos gegenüber den Finanzmärkten .....	9
Sparmaßnahmen: Bildung, Familie und Gesundheit sollen verschont werden	10
Zwei Drittel halten Steuererhöhungen für unvermeidlich.....	11
Finanztransaktionssteuer: Keine Mehrheit für deutschen Alleingang .....	12
Ansehen der Bundesregierung im Rekordtief.....	13
Mehrheit hält angesichts der Schuldenkrise Große Koalition für besser .....	14
Politikerbewertung: Mehrheit unzufrieden mit Kanzlerin Merkel.....	15
Sonntagsfrage: Regierungsparteien mit Verlusten.....	16
FDP: Festhalten an Steuersenkungen sorgt für Kritik .....	18

## **Untersuchungsanlage**

## ARD - DeutschlandTREND Juni 2010

### Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und fünf Tageszeitungen

#### Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit:	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren	
Stichprobe:	Repräsentative Zufallsauswahl / Randomstichprobe	
Autor:	Jörg Schönenborn (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Redakteur WDR:	Ingmar Cario (WDR)	☎ 0221 / 220 - 1800
Wissenschaftliche Betreuung/Durchführung:	Heiko Gothe	☎ 030 / 533 22 - 110
Erhebungsverfahren:	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl:	1.000 Befragte Sonntagsfrage: 1.500 Befragte	
Erhebungszeitraum:	25. bis 26. Mai 2010	
Fehlertoleranz:	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Richard Hilmer Reinhard Schlinkert	☎ 030/533 22 - 113 ☎ 0228/329 69 - 3

Berlin, Juni 2010  
67.10.112390

## Analyse

## Zusammenfassung

Durch die Griechenlandkrise und den Druck auf den Euro ist den Bürgern offenbar bewusst geworden, dass die Finanzkrise noch nicht vorüber ist und auch Deutschland davon massiv betroffen sein wird. 75 Prozent befürchten, dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht – ein Anstieg um 19 Punkte binnen Monatsfrist. Mittlerweile sorgen sich knapp zwei Drittel (67 Prozent) um ihre Ersparnisse. Auch geht die Hälfte der Bürger von einem sinkenden Lebensstandard in den nächsten Jahren aus.

Die Milliardenbürgschaften für den Schutz des Euro hält eine Mehrheit (64 Prozent) für falsch. Nur 35 Prozent sind der Meinung, dass der Euro-Rettungsschirm alternativlos ist. Jeder Zweite wirft gleichzeitig der Bundesregierung vor, nicht schnell und entschlossen genug gehandelt zu haben. Allerdings stellen 82 Prozent der Bevölkerung fest, dass ein stabiler Euro letztlich im deutschen Interesse liegt.

Dass die Haushaltsverschuldung nur durch Einsparungen in den Ressorts ausgeglichen werden kann, glaubt nur eine Minderheit (29 Prozent). Knapp zwei Drittel (64 Prozent) sind hingegen der Meinung, dass dafür Steuererhöhungen notwendig sind. Bildung, Familie und Gesundheit sind die Bereiche, die aus Sicht der Bürger von Mittelkürzungen verschont bleiben sollten. Nur 32 Prozent plädieren für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ohne Wenn und Aber – auch wenn dies einen deutschen Alleingang bedeuten würde. Fast jeder Zweite unterstützt eine solche Steuer unter dem Vorbehalt einer Einigung der Euro-Länder (18 Prozent) bzw. der großen Industrieländer (28 Prozent). Nur 14 Prozent lehnen die Besteuerung von Finanzgeschäften grundsätzlich ab.

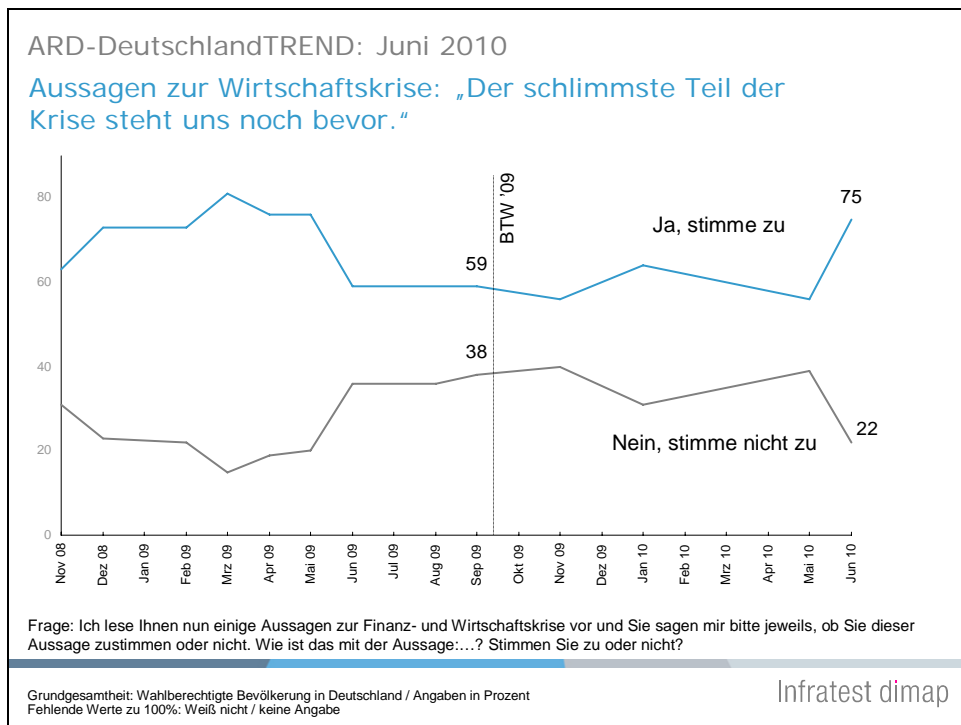
Die kritische Bewertung der Krisenmanagements der Bundesregierung wirkt sich auf deren allgemeine Leistungsbeurteilung aus: Derzeit ist nur noch ein Fünftel (20 Prozent) der Deutschen zufrieden mit der schwarz-gelben Koalition, ein Rückgang um 6 Punkte im Vergleich zum Vormonat. Dies ist der niedrigste Wert für die amtierende Koalition. Von diesem Ansehensverlust ist vor allem die Regierungschefin betroffen: Angela Merkel muss ein Minus von 10 Punkten binnen Monatsfrist verkraften. Weil derzeit nur noch 48 Prozent mit ihrer Arbeit zufrieden sind, rutscht die Kanzlerin auf Platz Drei der Rangliste hinter Verteidigungsminister zu Guttenberg (61 Prozent, +/-0) und Arbeitsministerin von der Leyen (50 Prozent, -4) ab. Nur einmal in ihrer Amtszeit als Kanzlerin wurde sie schlechter bewertet.

Die politische Stimmung wirkt sich ungünstig für die Regierungsparteien aus: Die Union käme derzeit auf 33 Prozent der Stimmen, ein Minus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die FDP muss 1 Punkt abgeben und würde 7 Prozent erreichen. Zulegen können SPD (27 Prozent, +1) und Linke (11 Prozent, +1). Die Grünen sind weiterhin im Stimmungshoch (unverändert 16 Prozent). Knapp sechs von zehn Bürgern (58 Prozent) halten eine Große Koalition angesichts der Schuldenkrise für besser als Schwarz-Gelb.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND vom Juni, den Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und von fünf Tageszeitungen erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 25. bis 26. Mai 1.000, für die Sonntagsfrage 1.500 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

## Wachsende Sorge vor Verschärfung der Finanzkrise

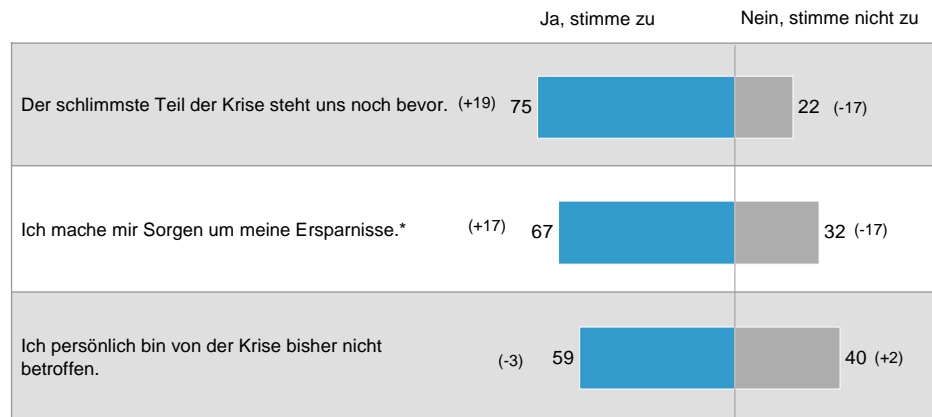
Nachdem es vor nicht allzu langer Zeit noch so schien, als sei die Wirtschafts- und Finanzkrise zu einem erheblichen Teil überwunden, haben die Hilfsmaßnahmen für Griechenland und der Rettungsschirm für den Euro das Thema wieder auf den ersten Platz der politischen Agenda gesetzt. Die Sorgen um die Folgen der Krise nehmen unter diesen Vorzeichen deutlich zu. Derzeit glauben drei von vier Bundesbürgern (75 Prozent), dass der schlimmste Teil der Krise erst noch bevorsteht – ein Anstieg um 19 Punkte binnen Monatsfrist.



Zwar sind sechs von zehn Bürgern nach eigener Aussage nach wie vor nicht betroffen von der Krise (59 Prozent), doch die Sorge um die eigenen Ersparnisse ist deutlich angestiegen: 67 Prozent befürchten Auswirkungen auf ihre finanziellen Rücklagen.

ARD-DeutschlandTREND: Juni 2010

Aussagen zur Finanz- und Wirtschaftskrise



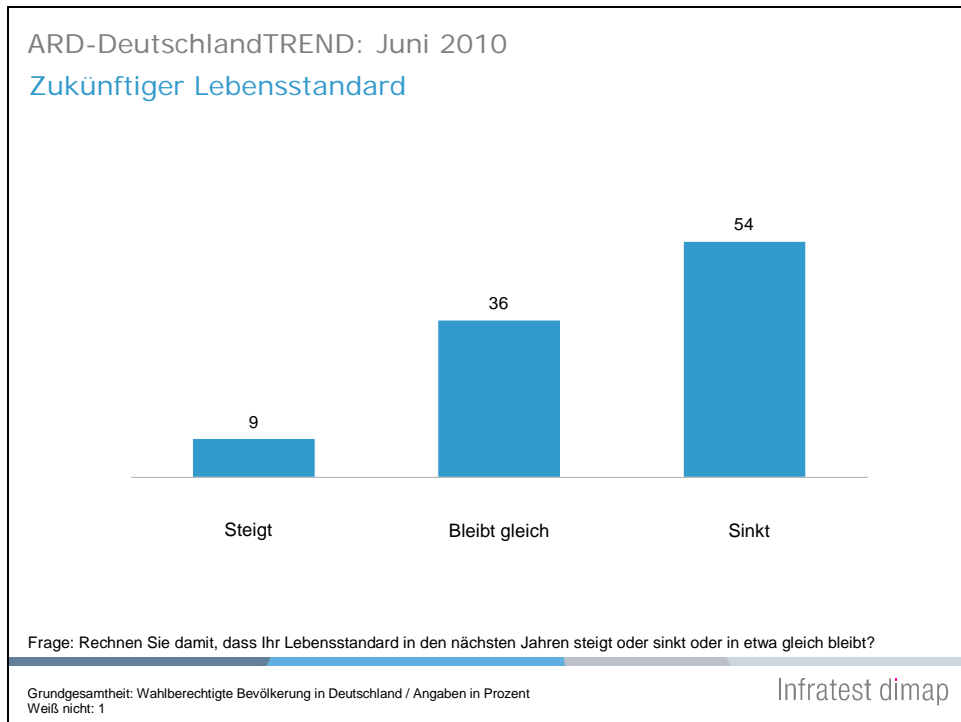
Frage: Ich lese Ihnen nun einige Aussagen zur Finanz- und Wirtschaftskrise vor und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie dieser Aussage zustimmen oder nicht. Wie ist das mit der Aussage:...? Stimmen Sie zu oder nicht?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland / Angaben in Prozent  
 Angaben in Klammern: Vgl. zu Mai 2010, \*Vgl. zu Juni 2009  
 Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

Infratest dimap

## Mehrheit der Deutschen erwartet sinkenden Lebensstandard

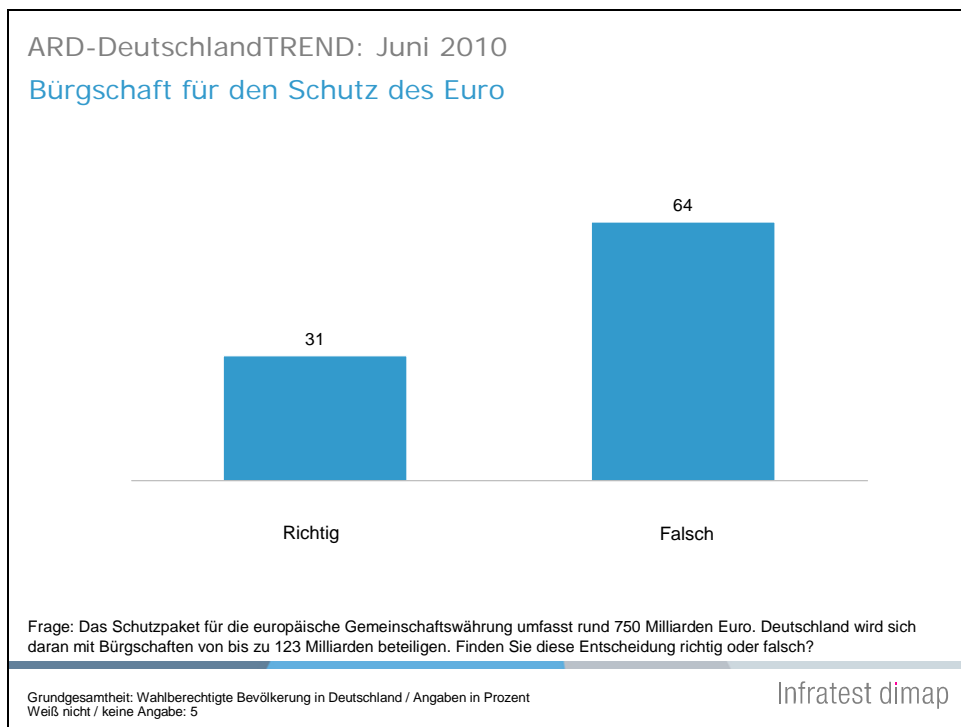
Die Finanz- und Eurokrise trübt die materiellen Zukunftserwartungen der Deutschen. Der Blick in die Zukunft zeigt großen Pessimismus: Mehr als jeder zweite Deutsche (54 Prozent) geht davon aus, dass sein Lebensstandard in den nächsten Jahren sinken wird. Mehr als ein Drittel (36 Prozent) rechnet damit, dass seine materielle Versorgung gleich bleibt. Lediglich jeder Zehnte (9 Prozent) erwartet einen steigenden Lebensstandard.



Befragte mit niedrigen Haushaltsnettoeinkommen gehen häufiger als Gutverdiener von einem sinkenden Lebensstandard aus. Innerhalb der Parteilicherschaften blicken die Linken-Anhänger besonders pessimistisch in die Zukunft.

## Schutzpaket für den Euro wird überwiegend abgelehnt

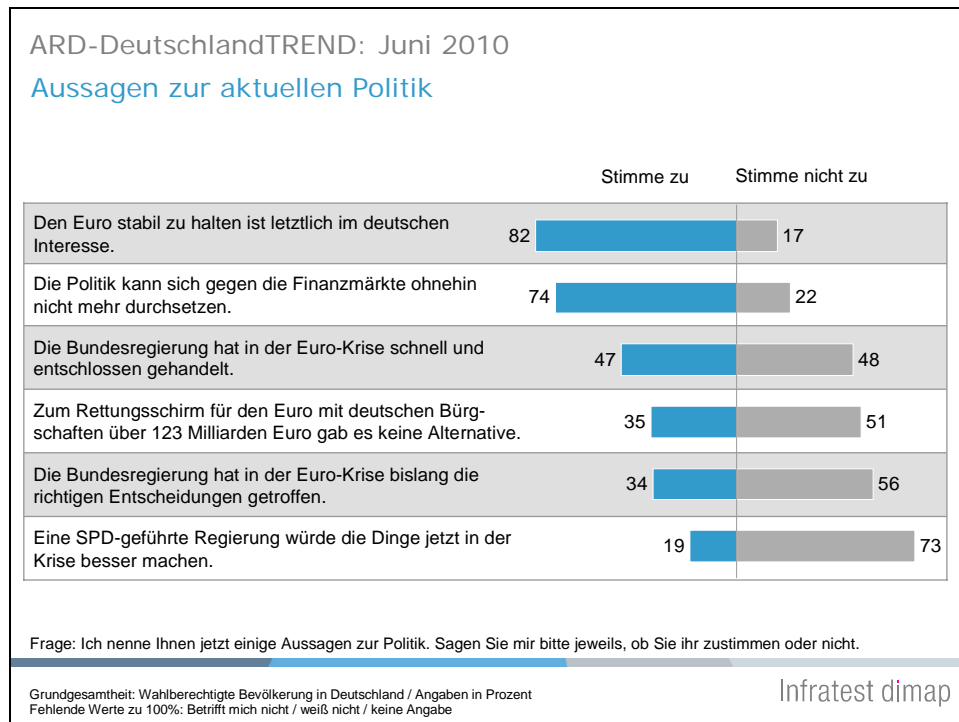
Die Entscheidung der Bundesregierung, sich mit Bürgschaften bis zu 123 Milliarden an dem Schutzpaket für den Euro zu beteiligen, hält eine Mehrheit von 64 Prozent der Bürger für falsch, während 31 Prozent die Ansicht vertreten, das Berliner Kabinett habe damit den richtigen Weg beschritten.



Mehrheitlich befürwortet, wenn auch nur knapp, wird die Beteiligung der Bundesrepublik an den Maßnahmen von den Anhängern der Grünen mit 49 Prozent. In den Lagern aller anderen Parteien wird die Entscheidung der Bundesregierung hingegen überwiegend kritisiert.

## Drei Viertel halten Politik für machtlos gegenüber den Finanzmärkten

Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich bei der Frage, ob der Rettungsschirm für den Euro mit einer deutschen Beteiligung alternativlos war oder nicht. Bejaht wird die Frage von 35 Prozent der Bundesbürger, zu einem gegenteiligen Schluss kommen 51 Prozent. Dabei herrscht mit 82 Prozent nahezu Konsens in der Bevölkerung, dass ein stabiler Euro letztlich im deutschen Interesse liegt.



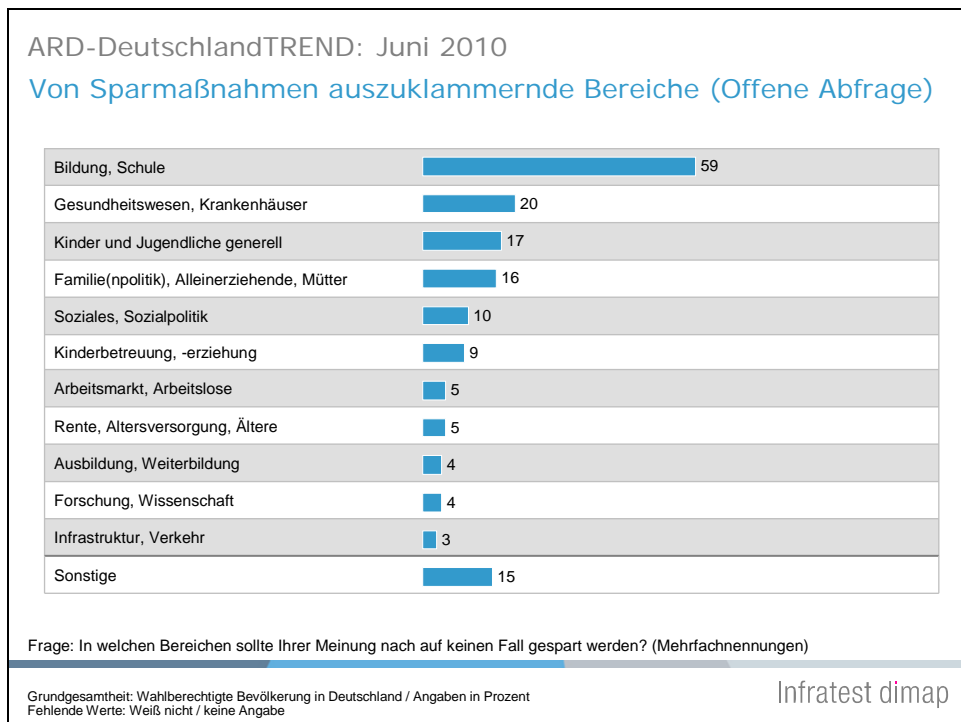
Bei einem Fazit über das Handeln der politisch Verantwortlichen in der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise überwiegen alles in allem eher die kritischen Stimmen: Knapp die Hälfte (47 Prozent) bescheinigt der Bundesregierung, sie habe bei der Euro-Krise schnell und entschlossen gehandelt. Dass sie dabei aber auch die richtigen Entscheidungen getroffen habe, meinen lediglich 34 Prozent.

Trotz der Kritik an der Bundesregierung glaubt nur jeder Fünfte (19 Prozent), dass eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Krise besser managen würde, drei Viertel (73 Prozent) sind gegenteiliger Meinung.

Bei der Diskussion über die Wirtschafts- und Finanzkrise schwingt bei der Bevölkerung ein beträchtliches Maß an Skepsis im Hinblick auf das Primat der Politik mit: Drei von vier Bundesbürgern (74 Prozent) halten die Politik für zu schwach, um sich gegen die Finanzmärkte durchsetzen zu können.

## Sparmaßnahmen: Bildung, Familie und Gesundheit sollen verschont werden

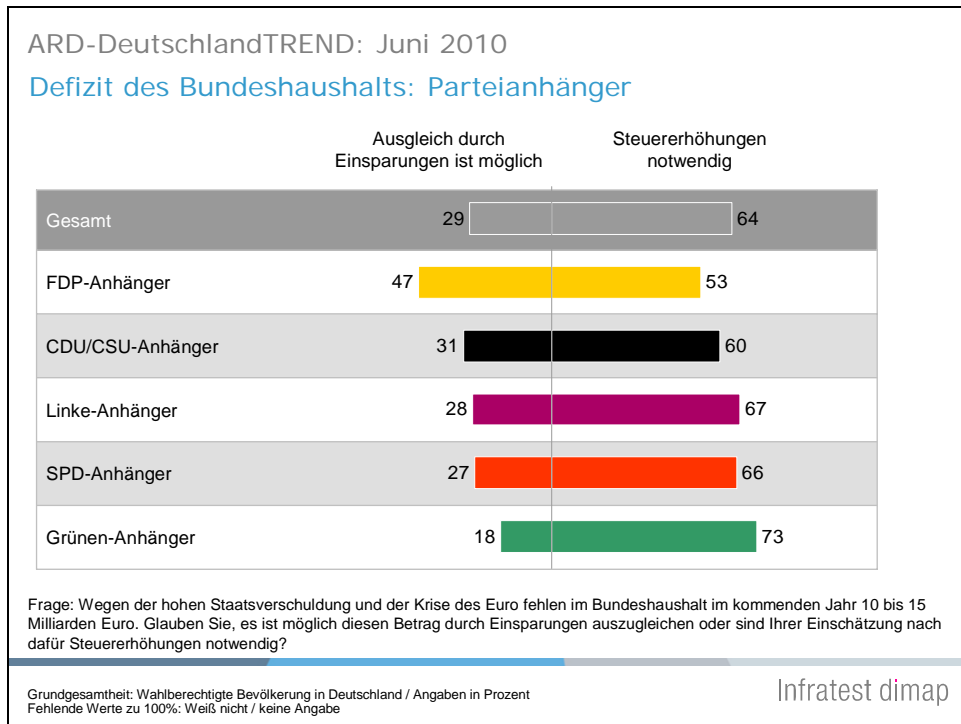
Im kommenden Jahr werden, nicht zuletzt bedingt durch die Eurokrise, 10 bis 15 Milliarden Euro im Bundeshaushalt fehlen. Die politische Diskussion rankt sich um die Frage, in welchen Ressorts das größte Sparpotenzial ist. Bei der offenen Frage, in welchen Bereichen auf keinen Fall gespart werden sollte, zeigt sich ein klares Bild: Bildung, Schule und Forschung sind die Bereiche, die nach Auffassung vieler Bürger von Mittelkürzungen verschont bleiben sollten (zusammen 63 Prozent der Nennungen).



Mit großem Abstand wird darüber hinaus der Bereich Familie, Kinder und deren Betreuung genannt (zusammen 42 Prozent), wo ebenfalls auf keinen Fall gespart werden sollte. Das Gesundheitswesen wird von 20 Prozent genannt. Dahinter folgen der Sozialbereich (10 Prozent) sowie die Renten und die Arbeitsmarktpolitik (jeweils 5 Prozent).

## Zwei Drittel halten Steuererhöhungen für unvermeidlich

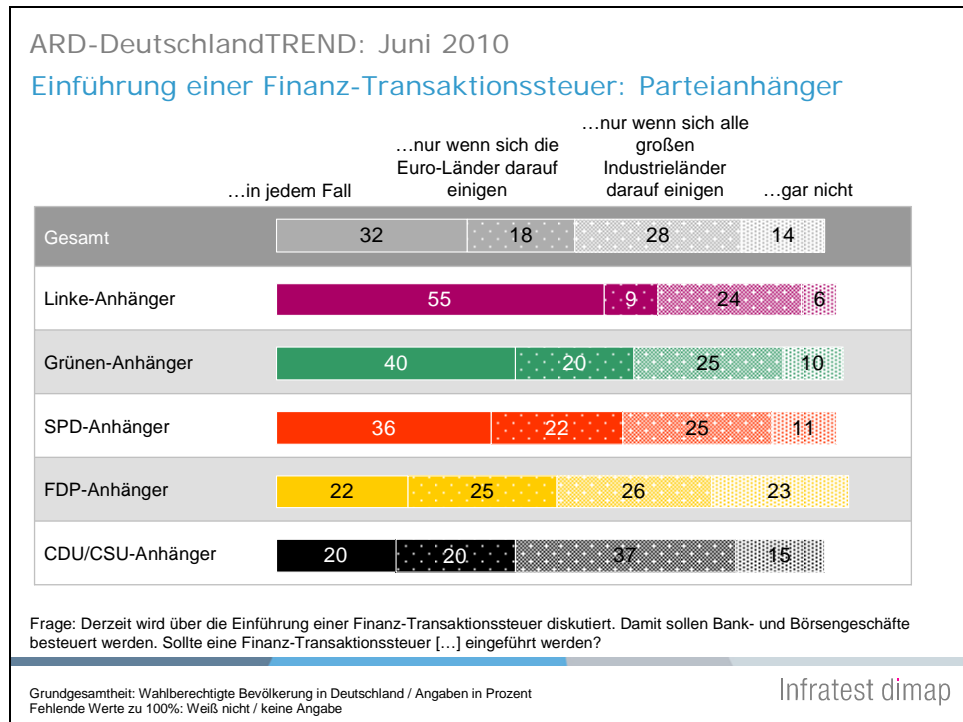
Das Haushaltsdefizit allein durch Einsparungen auszugleichen, halten ohnehin nur 29 Prozent der Bürger für möglich. Knapp zwei Drittel (64 Prozent) glauben demgegenüber, dass Steuererhöhungen notwendig sein werden um die fehlenden Mittel bereitzustellen.



Bei dieser Frage sind sich die Anhänger aller Parteien weitgehend einig. Die FDP-Anhänger erhoffen sich noch am ehesten Einspareffekte.

## Finanztransaktionssteuer: Keine Mehrheit für deutschen Alleingang

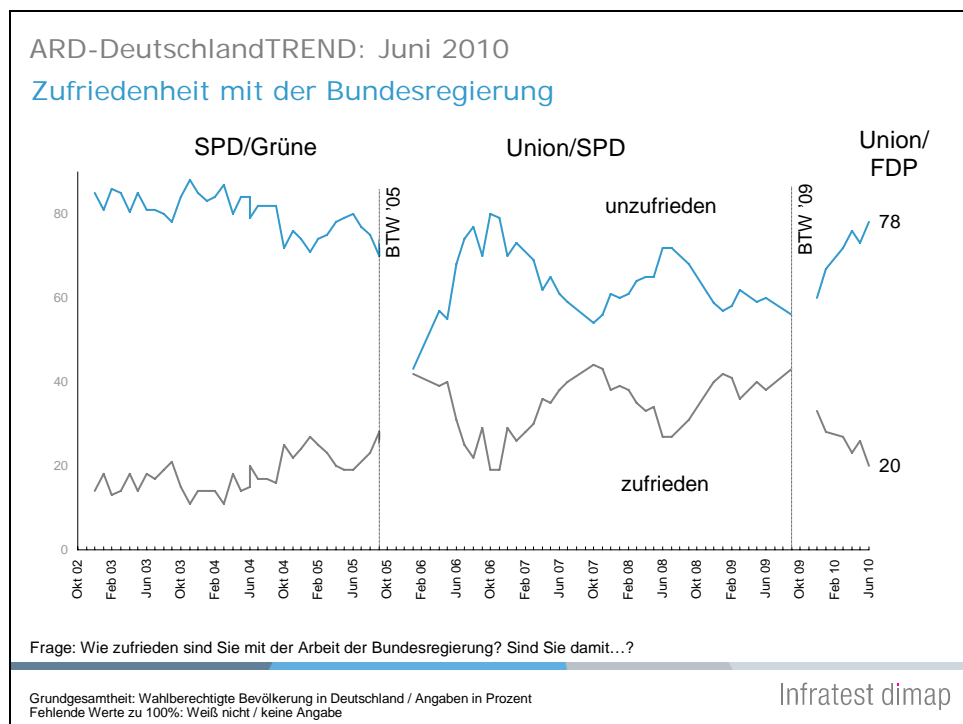
Die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen wird derzeit in der Politik heftig diskutiert. Nur 32 Prozent plädieren für deren Einführung ohne Wenn und Aber – auch wenn dies einen deutschen Alleingang bedeuten würde. Fast jeder Zweite unterstützt eine solche Steuer unter dem Vorbehalt einer Einigung der Euro-Länder (18 Prozent) bzw. der großen Industrieländer (28 Prozent). Nur 14 Prozent lehnen die Besteuerung von Finanzgeschäften grundsätzlich ab.



Die Analyse der Parteianhängerschaften zeigt, dass lediglich in Reihen der Linken eine Mehrheit einen deutschen Alleingang bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer fordert.

## Ansehen der Bundesregierung im Rekordtief

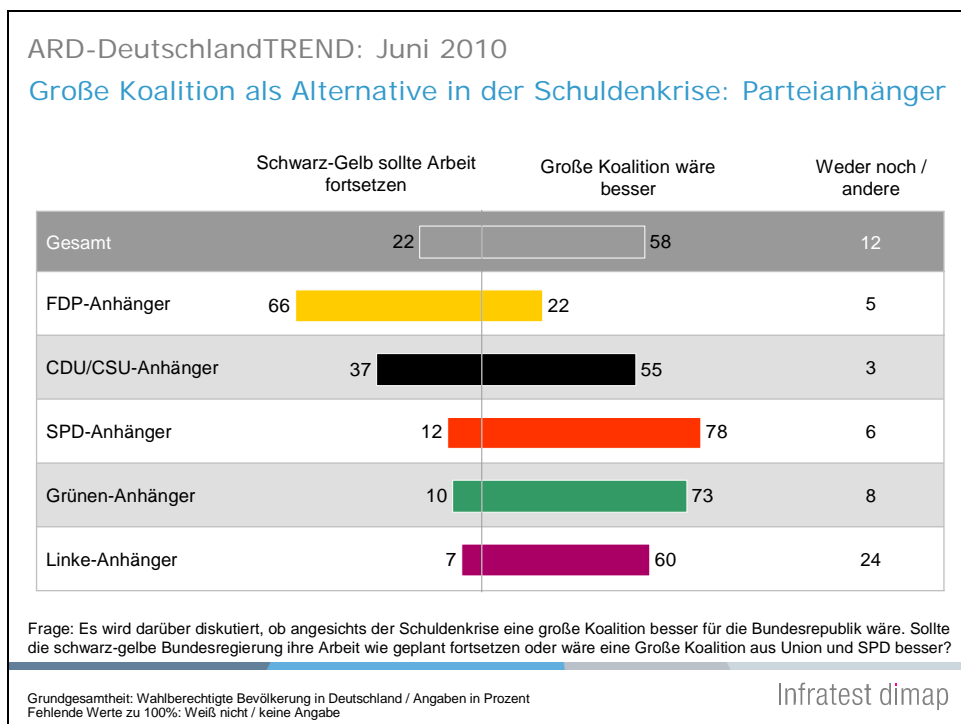
Angesichts der kritischen Bewertung des deutschen Krisenmanagements ist das Ansehen der Bundesregierung auf einen Tiefstand abgesackt: Derzeit ist nur noch jeder fünfte Bürger mit der Regierung unter Führung von Angela Merkel zufrieden (20 Prozent, -6 Punkte im Vergleich zum Vormonat). Dies ist der niedrigste Wert für die amtierende Koalition. Eine große Mehrheit von 78 Prozent äußert ihren Unmut über das Regierungshandeln: 48 Prozent sind weniger zufrieden und weitere 30 Prozent sind überhaupt nicht zufrieden mit Schwarz-Gelb.



Die im Vergleich zum Vormonat kritischere Bewertung der Bundesregierung ist auf die gestiegene Unzufriedenheit der FDP-Anhänger zurückzuführen: Nach der Absage des Steuersenkungsversprechens und im Zuge der Diskussion über die von den Liberalen kritisch bewerteten Finanztransaktionssteuer vergibt nur noch ein Fünftel der liberalen Anhängerschaft gute Noten an die Koalition. Vor einem Monat waren es immerhin noch vier von zehn. Damit fällt das Urteil in FDP-Reihen genauso skeptisch aus wie in der Anhängerschaft der oppositionellen Sozialdemokraten. Auch unter den Unions-Anhängern urteilt nur jeder Zweite wohlwollend – wie vor vier Wochen.

## Mehrheit hält angesichts der Schuldenkrise Große Koalition für besser

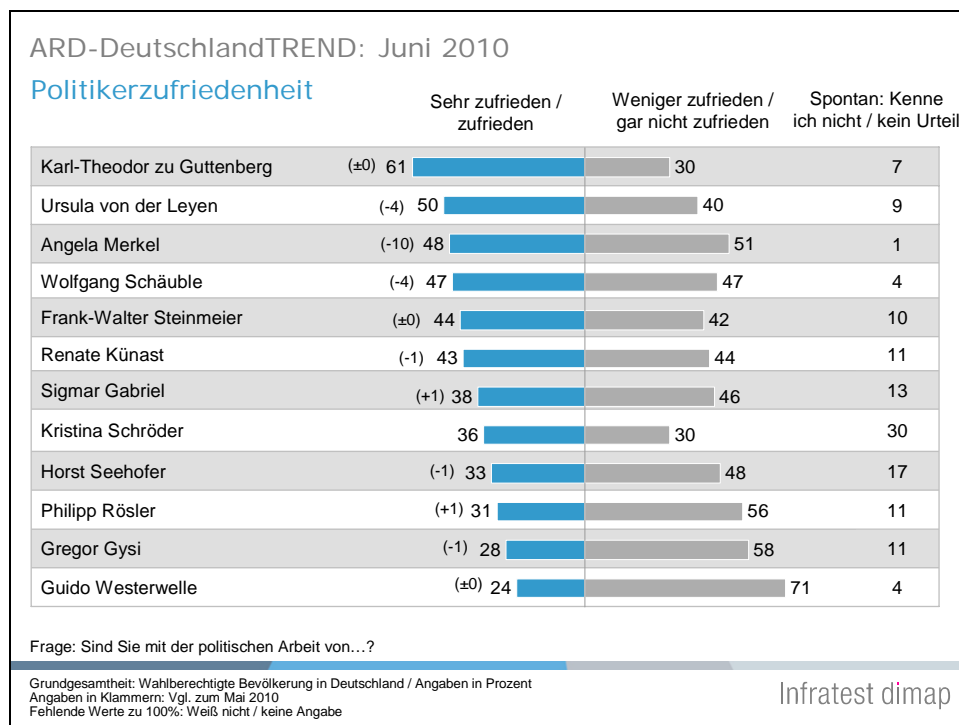
Vor dem Hintergrund des aus der Euro-Krise entstandenen Schuldendrucks und des wachsenden Unmuts über die amtierende Regierung hält eine Mehrheit der Deutschen die im letzten Herbst abgelöste Große Koalition für eine ernsthafte Alternative zu Schwarz-Gelb. 58 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass angesichts der Schuldenkrise ein Bündnis aus Union und SPD besser für Deutschland wäre. Lediglich 22 Prozent vertreten die Auffassung, dass die bürgerliche Koalition ihre Arbeit wie geplant fortsetzen sollte.



Bemerkenswert ist die große Offenheit in Unions-Reihen für die Große Koalition: Mehr als jeder zweite christdemokratische Anhänger plädiert für ein Bündnis mit den Sozialdemokraten. Zwei Drittel der FDP-Anhänger halten an Schwarz-Gelb fest, jedoch hält rund ein Fünftel die Große Koalition für besser als die amtierende Koalition.

## Politikerbewertung: Mehrheit unzufrieden mit Kanzlerin Merkel

Die Unzufriedenheit mit der Regierung insgesamt wirkt sich negativ auf die persönlichen Bewertungen der einzelnen Kabinettsmitglieder aus. Die Bundeskanzlerin muss sogar zweistellige Vertrauensverluste verkraften und wird aktuell nur noch 48 Prozent (-10 Punkte) positiv bewertet, eine knappe Mehrheit von 51 Prozent ist unzufrieden. In ihrer Amtszeit als Kanzlerin wurde Angela Merkel nur einmal ähnlich kritisch bewertet (November 2006: 47 zu 52 Prozent).



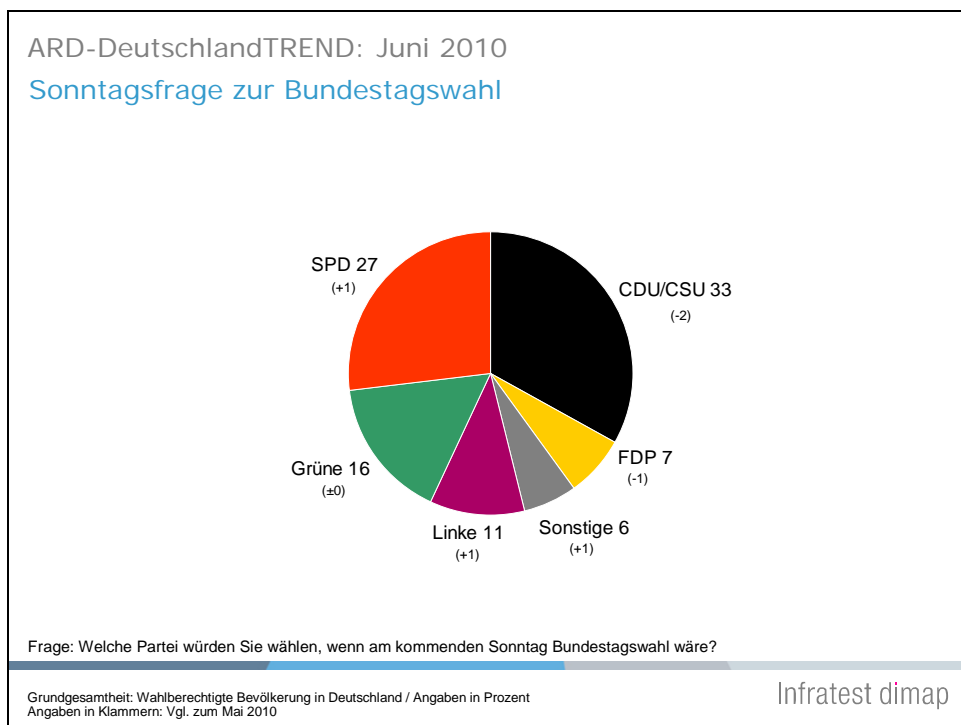
Wie im Vormonat erfährt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die meiste Zustimmung (unverändert 61 Prozent). Merkel fällt auf den dritten Rang zurück – hinter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (50 Prozent, -4) und nur knapp vor Finanzminister Wolfgang Schäuble (47 Prozent, -4).

Nahezu gleichauf liegen die Fraktionsvorsitzenden von SPD, Frank-Walter Steinmeier (44 Prozent, +/-0), und Grünen, Renate Künast (43 Prozent, -1). Über den sozialdemokratischen Parteichef Sigmar Gabriel urteilen 38 Prozent (+1) wohlwollend. Damit liegt er nur knapp vor der Familienministerin Kristina Schröder (36 Prozent), die zum ersten Mal im ARD-DeutschlandTREND abgefragt wurde und überwiegend positive Bewertungen bekommt, sie ist jedoch knapp einem Drittel noch nicht bekannt.

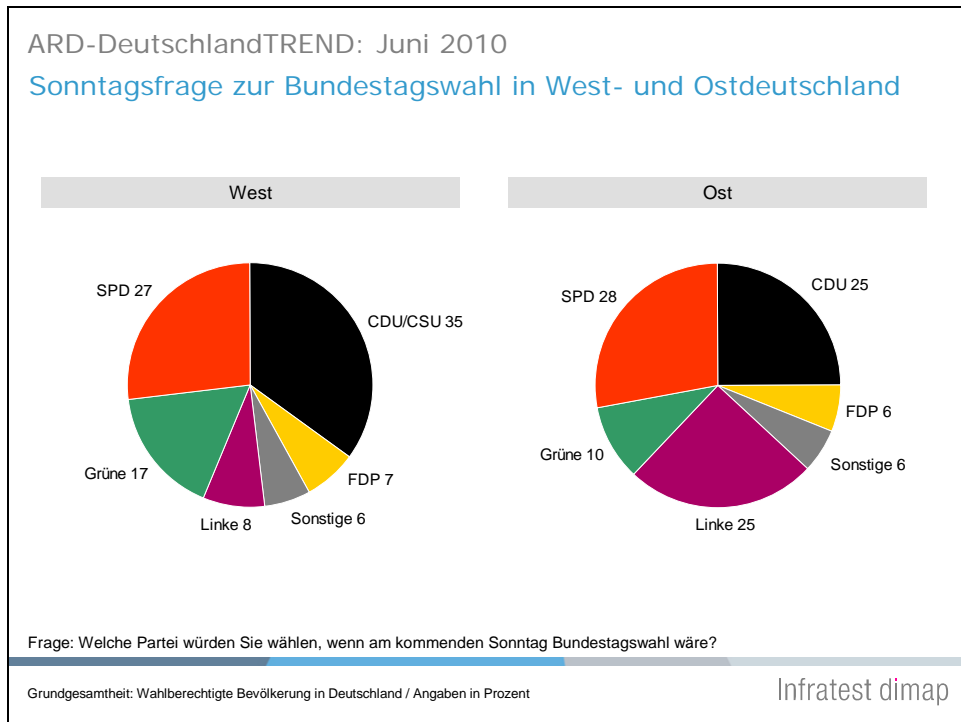
Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (33 Prozent, -1) und der FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler (31 Prozent, +1) führen das untere Drittel der Rangliste an. Dazu gehört auch der Linke-Fraktionschef, Gregor Gysi, mit einer Zustimmungsrate von 28 Prozent (-1). Schlusslicht ist weiterhin der Außenminister und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, dessen politisches Wirken wie im Vormonat nur bei 24 Prozent der Deutschen positive Resonanz findet.

### Sonntagsfrage: Regierungsparteien mit Verlusten

Die politische Stimmung wirkt sich ungünstig für die Regierungsparteien aus: Die Union käme derzeit auf 33 Prozent der Stimmen, ein Minus von 2 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Die FDP muss 1 Punkt abgeben und würde aktuell 7 Prozent erreichen. Zulegen können SPD (27 Prozent, +1) und Linke (11 Prozent, +1). Die Grünen sind mit einem unveränderten Wähleranteil von 16 Prozent weiterhin im Stimmungshoch. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 6 Prozent der Stimmen.



In den **alten Bundesländern** müssen Union (35 Prozent) und FDP (7 Prozent) Wähleranteile abgeben. Auch die Grünen verlieren leicht (17 Prozent). Während die SPD erneut auf 27 Prozent käme, legt die Linke auf 8 Prozent zu.

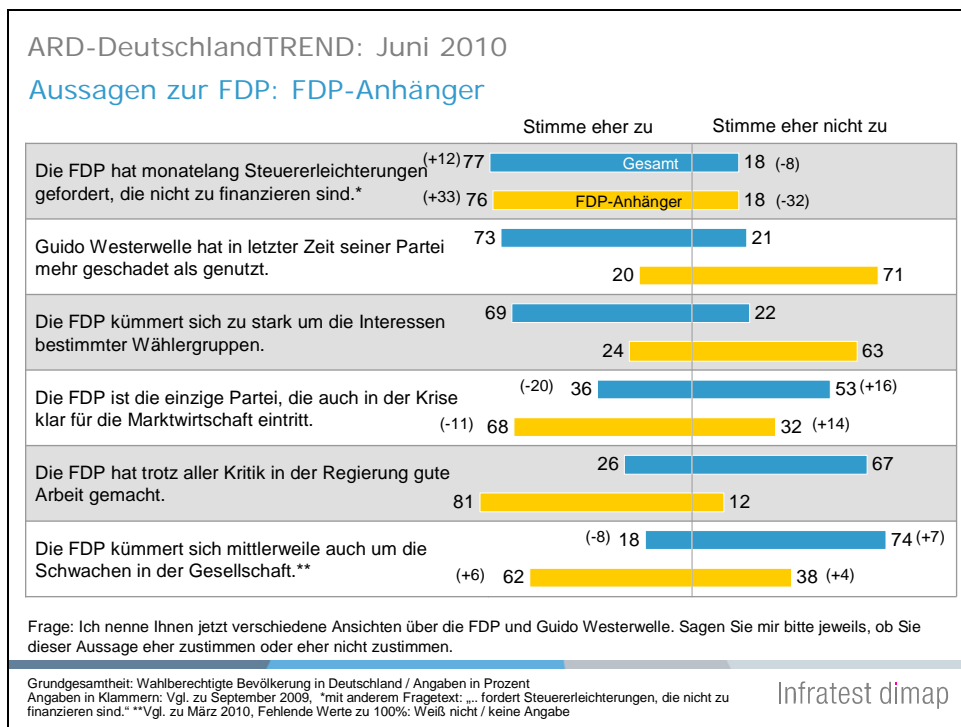


In den **neuen Bundesländern** muss neben der CDU (25 Prozent) auch die Linke (25 Prozent) Einbußen verkraften, während die SPD (28 Prozent) deutlich zuzulegen vermag. Grüne und FDP kommen im Osten wie im Vormonat auf Wähleranteile von 10 bzw. 6 Prozent.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Zum einen legen sich immer mehr Wähler immer kurzfristiger vor einer Wahl fest, zum anderen hat die Bedeutung der letzten Wahlkampfphase mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern durch die Parteien zugenommen.

## FDP: Festhalten an Steuersenkungen sorgt für Kritik

Die Gründe für die derzeitige Krise der FDP sind aus Sicht der Bevölkerung sowohl auf inhaltlicher als auch personeller Ebene zu suchen. Dass die Liberalen zu lange an Steuererleichterungen festgehalten haben, die nicht zu finanzieren sind, machen ihnen 77 Prozent der Deutschen zum Vorwurf. Auch eine Mehrheit ihrer Anhänger ist dieser Meinung (76 Prozent). Rund drei Viertel aller Wahlberechtigten meinen, dass Guido Westerwelle mit seinem Agieren in den letzten Monaten der Partei eher geschadet als genutzt habe (73 Prozent). Darüber hinaus halten 69 Prozent der FDP vor, sie kümmere sich zu stark um die Interessen bestimmter Wählergruppen.



Immerhin 36 Prozent attestieren der FDP, als einzige Partei auch in der Krise klar für die Marktwirtschaft einzutreten. Vor der letzten Bundestagswahl meinten dies hingegen noch 56 Prozent. Ansehensverluste hat die FDP auch in einem anderen Punkt zu verzeichnen: Aktuell stimmen 18 Prozent der Aussage zu, dass die FDP mittlerweile auch die Interessen der Schwachen in der Gesellschaft vertritt – im September 2009 waren noch 26 Prozent dieser Meinung. In der Summe ist ein Viertel der Bürger (26 Prozent) davon überzeugt, dass die FDP trotz aller Kritik eine gute Regierungsarbeit macht. In den eigenen Reihen vertreten 81 Prozent diesen Standpunkt.

Richard Hilmer  
 Reinhard Schlinkert